Stand: 15.09.2026 01:57:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10151

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Übernahme von Studiengebühren für ein Medizinstudium im EU-Ausland (Kap. 14 03 Tit. 686 05)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10151 vom 26.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11396 des HA vom 12.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 21.04.2026 (EPL 14)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 26.02.2026 **Drucksache** 19/**10151**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Harald Kühn, Daniel Artmann, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böltl, Thorsten Freudenberger, Patrick Grossmann, Manuel Knoll, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Carolina Trautner** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Übernahme von Studiengebühren für ein Medizinstudium im EU-Ausland (Kap. 14 03 Tit. 686 05)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 14 03 wird der Ansatz im Tit. 686 05 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben für die Übernahme von Studiengebühren für ein Medizinstudium im EU-Ausland) für das Jahr 2026 von 556,0 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 1.556,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Ziel ist es, in den nächsten Jahren bis zu 100 Medizinstudierende, die ihr Studium in einem Studiengang der Humanmedizin an einer Universität im EU-Ausland abgeschlossen haben, für eine fachärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum in Bayern zu gewinnen. Daher wird Medizinstudierenden in einem Studiengang der Humanmedizin im EU-Ausland seit dem Wintersemester 2025/2026 eine Förderung zur Übernahme von Studiengebühren in Höhe von bis zu 10.000 Euro pro Semester für längstens 12 Semester gewährt. Ein Teil der insgesamt 100 Stipendien wurde bereits im Vorjahr vergeben. Diese Förderung soll weiterhin ermöglicht werden, wofür die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden. Die Förderung können Studierende beanspruchen, die eine Studienplatzzusage von einer die Vorgaben aus Nr. 2 der Richtlinie über die Vergabe von Stipendien zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum in Bayern (Medizinstipendienrichtlinie – MedStipR) erfüllenden ausländischen Universität erhalten haben.

Voraussetzung der Förderung ist der Beginn des Medizinstudiums sowie die Vorlage einer Immatrikulationsbescheinigung. Die Studierenden haben sich zu verpflichten, eine fachärztliche Weiterbildung innerhalb von sechs Monaten nach erfolgreichem Ab-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

schluss des Studiums in Bayern aufzunehmen und erfolgreich zu absolvieren und anschließend innerhalb von sechs Monaten für die Dauer von mindestens fünf Jahren eine fachärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum in Bayern auszuüben.

Zum Antragsverfahren, zur Rückzahlung der Zuwendung und zum Nachweis der Verwendung gelten die Regelungen der MedStipR entsprechend. Die Bewilligung der Förderung erfolgt bei Vorliegen der Voraussetzungen nach der zeitlichen Reihenfolge des Antragseingangs. Die Auszahlung erfolgt halbjährlich nach Vorlage der aktuellen Immatrikulationsbescheinigung.

Ausgeschlossen von der Förderung sind Studierende, die eine anderweitige studienbezogene Förderung erhalten und sich im Rahmen dieser Förderung zu einer ärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum Bayerns nach ihrer Facharztweiterbildung verpflichtet haben. Während des Förderzeitraums können die Studierenden keine weitere Förderung des Freistaates (insbesondere nach einem anderen Tatbestand der MedStipR) erhalten.

Mit den zur Verfügung stehenden Ausgabemitteln können Bescheide mit einer Laufzeit von sechs Jahren erlassen werden.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.03.2026 **Drucksache** 19/**11396**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Andreas Winhart**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 14 03 werden die Ansätze
   in 2026
   a) bei Tit. 686 05
      von 556,0 Tsd. €
      um 1.000,0 Tsd. €
      auf 1.556,0 Tsd. €
   b) bei Tit. 686 64
      von 2.520,0 Tsd. €
      um 450,0 Tsd. €
      auf 2.970,0 Tsd. €
   c) bei Tit. 633 66
      von 1.327,5 Tsd. €
      um 140,0 Tsd. €
      auf 1.467,5 Tsd. €
   d) bei Tit. 686 75
      von 4.722,0 Tsd. €
      um 782,0 Tsd. €
      auf 5.504,0 Tsd. €
   e) bei Tit. 893 01
      von 0,0 Tsd. €
      um 600,0 Tsd. €
      auf 600,0 Tsd. €
      erhöht sowie
   a) ein neuer Titel 684 02 „Modellprojekte zur Entbürokratisierung in der Reha“ ausgebracht und mit 200,0 Tsd. Euro dotiert.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

2. In Kap. 14 03 wird ein neuer Titel 681 03 „Zuschüsse und sonstige Ausgaben für die Übernahme eines Praxisanleiterbonus im Bereich der Podologie“ ausgebracht, in 2026 mit 200,0 Tsd. Euro dotiert und folgender Haushaltsvermerk aufgenommen „Die Mittel sind übertragbar. Die Erläuterungen sind verbindlich“.

   Die Antragsbegründung ist in die Erläuterungen zu Kap. 14 03 Tit. 681 03 aufzunehmen.

3. Bei Kap. 14 04 werden die Ansätze
   in 2026

   a) bei Tit. 686 68
      von 655,6 Tsd. €
      um 275,0 Tsd. €
      auf 930,6 Tsd. €

   b) bei Tit. 684 69
      von 703,1 Tsd. €
      um 290,0 Tsd. €
      auf 993,1 Tsd. €

   c) bei Tit. 893 69
      von 283,3 Tsd. €
      um 15,0 Tsd. €
      auf 298,3 Tsd. €

   d) bei Tit. 684 75
      von 236,1 Tsd. €
      um 15,0 Tsd. €
      auf 251,1 Tsd. €

   e) bei Tit. 684 86
      von 0,0 Tsd. €
      um 100,0 Tsd. €
      auf 100,0 Tsd. €

      erhöht sowie

   f) ein neuer Titel 893 03 „Sanierung Sozialzentrum Günzburg“ ausgebracht und mit 120,0 Tsd. Euro dotiert,

   g) ein neuer Titel 893 04 „Bauliche Ertüchtigung St. Katharinenspital Regensburg“ ausgebracht und mit 510,0 Tsd. Euro dotiert,

   h) ein neuer Titel 893 05 „Errichtung stationäre Pflegeeinrichtung des Vereins Dachskinder e.V. in Diedorf“ ausgebracht und mit 400,0 Tsd. Euro dotiert und

   i) ein neuer Titel 893 06 „Zuschüsse für Investitionen an die Nicolaidis YoungWings Stiftung für das Sternenhaus München“ ausgebracht und mit 100,0 Tsd. Euro dotiert.

4. Bei Kap. 14 05 werden die Ansätze
   in 2026

   a) bei Tit. 684 53
      von 0,0 Tsd. €
      um 110,0 Tsd. €
      auf 110,0 Tsd. €

   b) bei Tit. 633 60
      von 138,9 Tsd. €
      um 250,0 Tsd. €
      auf 388,9 Tsd. €

   c) bei Tit. 684 60
      von 7.830,1 Tsd. €
      um 335,0 Tsd. €
      auf 8.165,1 Tsd. €

d) bei Tit. 686 70
von 311,7 Tsd. €
um 165,0 Tsd. €
auf 476,7 Tsd. €

e) bei Tit. 683 81
von 0,0 Tsd. €
um 600,0 Tsd. €
auf 600,0 Tsd. €

f) bei Tit. 686 91
von 0,0 Tsd. €
um 30,0 Tsd. €
auf 30,0 Tsd. €

g) bei Tit. 686 94
von 1.552,1 Tsd. €
um 130,0 Tsd. €
auf 1.682,1 Tsd. €

h) bei Tit. 893 70
von 0,0 Tsd. €
um 112,0 Tsd. €
auf 112,0 Tsd. €

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 14 01, Kap. 14 02, Kap. 14 05, Kap. 14 10 und Kap. 14 20 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage)

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verein zur Unterhaltung der pharmazeutisch-technischen Lehranstalten in Bayern
(Kap. 14 03 Tit. 686 64)
Drs. 19/10134

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Digitale Assistenzsysteme
(Kap. 14 03 Tit. 686 75)
Drs. 19/10135

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Hospizverein Obernburg
   (Kap. 14 04 Tit. 684 69)
   Drs. 19/10136

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Stationäre Pflegeeinrichtung und Unterstützung der Arbeit des Vereins Dachskinder e.V.
   (Kap. 14 04 Tit. 684 86 und neuer Tit. 893 05)
   Drs. 19/10137

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV)
   (Kap. 14 04 Tit. 686 68)
   Drs. 19/10138

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Endometriose-Aufklärung
   (Kap. 14 05 Tit. 686 91)
   Drs. 19/10139

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Projekt zur Aufklärung über Frauengesundheit und Ernährung in Bayern
   (Kap. 14 05 Tit. 686 94)
   Drs. 19/10140

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Regionales Interventionskonzept zur Stärkung der Gesundheitskompetenz im Setting Kita
   (Kap. 14 03 Tit. 633 66)
   Drs. 19/10150

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Übernahme von Studiengebühren für ein Medizinstudium im EU-Ausland
   (Kap. 14 03 Tit. 686 05)
   Drs. 19/10151

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
    Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: CampusGO I
    (Kap. 14 03 Tit. 686 64)
    Drs. 19/10152

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
    Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Rheumatologie
    (Kap. 14 03 Tit. 686 75)
    Drs. 19/10153

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
    Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Robotik & Videodatenbank Klinikum Nürnberg
    (Kap. 14 03 Tit. 686 75)
    Drs. 19/10154

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
    Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Urologisches Zentrum
    (Kap. 14 03 Tit. 686 75)
    Drs. 19/10155

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
    Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Virtuelles Pflegeheim
    (Kap. 14 03 Tit. 686 75)
    Drs. 19/10156

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Tremor-Therapie für Parkinson-Patientinnen und -Patienten
(Kap. 14 03 Tit. 893 01)
Drs. 19/10157

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Praxisanleiterbonus
(Kap. 14 03 neuer Tit. 681 03)
Drs. 19/10158

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Innovative Wohnformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 19/10159

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Demenzprävention - Projekt GESTALT
(Kap. 14 04 Tit. 684 75)
Drs. 19/10160

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Benild-Hospiz-gGmbH
(Kap. 14 04 Tit. 893 69)
Drs. 19/10161

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sozialzentrum Günzburg
(Kap. 14 04 neuer Tit. 893 03)
Drs. 19/10162

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: St. Katharinenspital
(Kap. 14 04 neuer Tit. 893 04)
Drs. 19/10163

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Projekt Forum St. Johannes
(Kap. 14 05 Tit. 633 60)
Drs. 19/10164

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: ME/CFS
(Kap. 14 05 Tit. 683 81)
Drs. 19/10165

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Aktionsplan Hepatitiseliminierung
(Kap. 14 05 Tit. 684 53)
Drs. 19/10166

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Ausweitung des Nürnberger Modells zu einem Metropolenmodell
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 19/10167

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Genossenschaft „Habt ein Herz für soziale Berufe eG“
(Kap. 14 05 Tit. 686 70)
Drs. 19/10168

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: CampusGO Amorbach II
(Kap. 14 05 Tit. 686 94)
Drs. 19/10169

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Aktion Knochenmarkspende Bayern
(Kap. 14 05 Tit. 893 70)
Drs. 19/10170

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sternenhaus München
(Kap. 14 04 neuer Tit. 893 06)
Drs. 19/10372

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Entbürokratisierung in der Reha
(Kap. 14 03 neuer Tit. 684 02)
Drs. 19/10373

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)
Drs. 19/10110

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Virtuelles Krankenhaus, Investitionen für innovative Digitalisierungsprojekte zur Verbesserung der Qualität der Gesundheits- und Pflegeversorgung, Telemedizinisches Kliniken-Netzwerk in Bayern
(Kap. 14 03 TG 97 neuer Tit.)
Drs. 19/10111

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kindern mit Fetaler Alkoholspektrumstörung (FASD) bessere Chancen im Leben geben, FASD Kompetenzzentrum Bayern langfristig fördern
   (Kap. 14 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10112

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Landespflegegeld abschaffen - Ausbau für moderne und bedarfsorientierte Versorgungsstrukturen in der Pflege vorantreiben!
   (Kap. 14 04 Tit. 681 84)
   Drs. 19/10113

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Sozialraumorientierte Versorgungsstrukturen in der Pflegelandschaft stärken
   (Kap. 14 04 Tit. 893 86)
   Drs. 19/10114

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Selbstverwaltungsstrukturen und Unabhängigkeit stärken
   (Kap. 14 04 TG 82)
   Drs. 19/10115

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Stärkung der hausärztlichen Versorgung in unterversorgten Regionen
   (Kap. 14 03 Tit. 633 64)
   Drs. 19/10116

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
   (Kap. 14 03 Tit. 633 85)
   Drs. 19/10117

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Erhöhung der Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und zu gleichgestellten Abschlüssen
   (Kap. 14 03 Tit. 681 02)
   Drs. 19/10118

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Erhöhung der Landarztprämie
    (Kap. 14 03 Tit. 681 63)
    Drs. 19/10119

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Stipendienprogramm
    (Kap. 14 03 Tit. 686 65)
    Drs. 19/10120

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Niederlassungsprämie Hebammen
    (Kap. 14 03 TG 87)
    Drs. 19/10121

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Finanzielle Sicherheit für Rehakliniken
    (Kap. 14 03 neuer Tit.)
    Drs. 19/10122

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Forschung und Therapie für Post-Vac-Syndrom
    (Kap. 14 03 neuer Tit.)
    Drs. 19/10123

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
    (Kap. 14 04 Tit. 681 84)
    Drs. 19/10124

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Erhöhung Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Familienpflege
    (Kap. 14 04 Tit. 684 01)
    Drs. 19/10125

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Kinderhospizarbeit - Erhöhung der Ausgaben der Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
    (Kap. 14 04 Tit. 684 67)
    Drs. 19/10126

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen, Erwachsenenhospiz und Kinderhospiz St. Martin (Polling)
    (Kap. 14 04 Tit. 684 69)
    Drs. 19/10127

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Gestaltung von Pflege und Betreuung im sozialen Nahraum (ProWohnen-Miteinander leben GmbH)
    (Kap. 14 04 Tit. 883 86)
    Drs. 19/10128

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Zuschuss für den Wünschewagen des ASB Bayern
    (Kap. 14 04 neuer Tit.)
    Drs. 19/10129

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
    (Kap. 14 04 TG 82)
    Drs. 19/10130

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Reduzierung der Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
    (Kap.14 05 Tit. 514 53)
    Drs. 19/10131

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Erhöhung Zuweisung für Jugendzahnpflege
    (Kap. 14 05 Tit. 636 91)
    Drs. 19/10132

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Modellprojekt JERWA
    (Kap. 14 05 neuer Tit.)
    Drs. 19/10133

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit in Arztpraxen
(Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 19/10141

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - flächendeckender Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 Tit. 633 57)
Drs. 19/10142

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - "PflegesoNah" ausbauen, Angehörige entlasten
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 19/10143

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionsförderung für Einrichtungen für Menschen mit einer seelischen Behinderung
(Kap. 14 04 neue TG)
Drs. 19/10144

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - auskömmliche Finanzierung der Aids-Beratungsstellen
(Kap. 14 05 Tit. 684 52)
Drs. 19/10145

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - auskömmliche Förderung freier Träger der Suchtberatung
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 19/10146

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sicherung der Traumafachstelle Nürnberg
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)
Drs. 19/10147

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur - Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)
Drs. 19/10148

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - Modellprojekt Schulgesundheitsfachkräfte an bayerischen Schulen
(Kap. 14 05 neue TG)
Drs. 19/10149

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung - Patienten- und Pflegebeauftragter
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)
Drs. 19/10407

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 86. Sitzung am 12. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 6 zu 14/15/18/19-H 1108.10-1/66

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2026/2027

zum

Entwurf des Einzelplans 14

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention

14 01 Ministerium

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen						
129 06-9 011	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	A B		- - -	A B		- - -
	Gesamteinnahmen	A B	25,0 -	25,0	A B	25,0 -	25,0
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A B	25,0 -	25,0	A B	25,0 -	25,0
	Gesamteinnahmen	A B	25,0 -	25,0	A B	25,0 -	25,0
	Personalausgaben	A B	37.035,3 -	37.035,3	A B	37.587,2 -	37.587,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	9.084,5 -	9.084,5	A B	9.076,0 -	9.076,0
	Baumaßnahmen	A B	2.000,0 -	2.000,0	A B	2.000,0 -	2.000,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	1.658,0 -	1.658,0	A B	1.658,0 -	1.658,0
	Gesamtausgaben	A B	49.777,8 -	49.777,8	A B	50.321,2 -	50.321,2
	Zuschuss	A	49.752,8	49.752,8	A	50.296,2	50.296,2

Erläuterungen

Zu 14 01/129 06
Der Leertitel dient dem Nachweis von Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom.

14 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 14

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	52 Öffentlichkeitsarbeit, Presse						
	Vermerk unverändert.						
534 52-9 311	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung und Softwareentwicklung	A B	142,6	142,6	A B	142,6	142,6
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *115,0*						
	Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2026 in Höhe von 115,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren						
	2027 bis 2028 jährlich Tsd. € *50,0*						
	2029 Tsd. € *15,0*						
	Summe der Titelgruppe	A B	238,5 -	238,5	A B	238,5 -	238,5
	Gesamtausgaben	A B	-46.759,0 -	-46.759,0	A B	-15.173,7 -	-15.173,7
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A B	376,0 -	376,0	A B	376,0 -	376,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	10,0 -	10,0	A B	10,0 -	10,0
	Gesamteinnahmen	A B	386,0 -	386,0	A B	386,0 -	386,0
	Personalausgaben	A B	17.709,4 -	17.709,4	A B	20.190,1 -	20.190,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	2.057,8 -	2.057,8	A B	1.129,6 -	1.129,6
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-66.526,2 -	-66.526,2	A B	-36.493,4 -	-36.493,4
	Gesamtausgaben	A B	-46.759,0 -	-46.759,0	A B	-15.173,7 -	-15.173,7
	Überschuss	A	47.145,0	47.145,0	A	15.559,7	15.559,7

Erläuterungen

Zu 14 02/534 52
Für den Abschluss eines Retainer-Wartungsvertrags im Rahmen des Internet Relaunches der Homepages des StMGP ist eine Verpflichtungsermächtigung erforderlich.

14 05 Prävention und Gesundheitsschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Titelgruppen						
	58 Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst *Vermerk unverändert.*						
125 58-1 311	Erstattungen Dritter für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen	A B		- - -	A B		- - -
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 -	-	A B	0,0 -	-
	Gesamteinnahmen	A B	20,0 -	20,0	A B	20,0 -	20,0
	Ausgaben						
	58 Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst *Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.* *Vgl. Vermerk bei TG 56.* *Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685 01.* *Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 125 58 und 231 58.* *Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei den Kapiteln 06 04 und 06 21 die TG 60 verstärkt werden.*						
427 58-6 311	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	A B	- - -	- - -	A B	- - -	- - -
	Summe der Titelgruppe	A B	25.312,9 -	25.312,9	A B	0,0 -	-
	Gesamtausgaben	A B	93.019,2 -	93.019,2	A B	56.748,6 -	56.748,6

Erläuterungen

Zu 14 05/125 58
Leertitel zur Vereinnahmung von Zahlungen Dritter insbesondere im Zusammenhang mit dem ÖGD-Kongress.

14 05 Prävention und Gesundheitsschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	20,0	20,0	A	20,0	20,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	20,0	20,0	A	20,0	20,0
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	3.016,4	3.016,4	A	1.076,3	1.076,3
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	35.992,1	35.992,1	A	22.834,4	22.834,4
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	53.465,1	53.465,1	A	32.411,0	32.411,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	545,6	545,6	A	426,9	426,9
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	93.019,2	93.019,2	A	56.748,6	56.748,6
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	92.999,2	92.999,2	A	56.728,6	56.728,6

14 10 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen						
129 06-0 219	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	A B		- - -	A B		- - -
	Gesamteinnahmen	A B	2.311,2 -	2.311,2	A B	2.335,2 -	2.335,2
	Ausgaben						
	Personalausgaben						
441 01-6 219	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Beamte *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 527 01.*	A B	95,0	95,0	A B	95,0	95,0
441 02-5 219	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Arbeitnehmer *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 527 01.*	A B	- - -	- - -	A B	- - -	- - -
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
527 01-3 219	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen *Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 441 01 und 441 02.*	A B	71,8	71,8	A B	71,8	71,8
	Gesamtausgaben	A B	2.501,6 -	2.501,6	A B	2.526,5 -	2.526,5

Erläuterungen

Zu 14 10/129 06
Der Leertitel dient dem Nachweis von Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom.

Zu 14 10/441 01, 441 02 und 527 01
Aufnahme eines Deckungsvermerks.

14 10 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	2.311,2	2.311,2	A	2.335,2	2.335,2
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	2.311,2	2.311,2	A	2.335,2	2.335,2
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	2.209,9	2.209,9	A	2.234,8	2.234,8
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	282,9	282,9	A	282,9	282,9
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	8,8	8,8	A	8,8	8,8
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	2.501,6	2.501,6	A	2.526,5	2.526,5
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	190,4	190,4	A	191,3	191,3

14 20 Bayerisches Landesamt für Pflege

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen						
129 06-9 219	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	A		7,5	A		7,5
		B	+7,5		B	+7,5	
	Gesamteinnahmen	A	1.378,2	1.385,7	A	1.378,2	1.385,7
		B	+7,5		B	+7,5	
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	1.378,2	1.385,7	A	1.378,2	1.385,7
		B	+7,5		B	+7,5	
	Gesamteinnahmen	A	1.378,2	1.385,7	A	1.378,2	1.385,7
		B	+7,5		B	+7,5	
	Personalausgaben	A	11.785,9	11.785,9	A	12.011,4	12.011,4
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	3.234,6	3.234,6	A	3.266,6	3.266,6
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	704,4	704,4	A	704,4	704,4
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	15.724,9	15.724,9	A	15.982,4	15.982,4
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	14.346,7	14.339,2	A	14.604,2	14.596,7
	Überschuss	B	7,5		B	7,5	

Erläuterungen

Zu 14 20/129 06
Der Titel dient dem Nachweis von Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom.

Epl. 14 Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 14						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	2.858,6	2.866,1	A	2.858,6	2.866,1
		B	+7,5		B	+7,5	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	12.655,0	12.655,0	A	12.679,0	12.679,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	15.513,6	15.521,1	A	15.537,6	15.545,1
		B	+7,5		B	+7,5	
	Personalausgaben	A	159.082,6	159.082,6	A	161.693,7	161.693,7
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	65.624,3	65.624,3	A	51.280,9	51.280,9
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *28.840,5*	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *39.900,5*						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	668.993,9	668.993,9	A	592.796,0	592.796,0
		B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *83.968,1*						
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *67.228,1*						
	Baumaßnahmen	A	2.000,0	2.000,0	A	2.000,0	2.000,0
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *1.800,0*	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *4.700,0*						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	6.421,4	6.421,4	A	6.302,7	6.302,7
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *2.550,0*	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *600,0*						
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	92.907,2	92.907,2	A	104.907,2	104.907,2
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *103.740,0*	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *101.750,0*						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-66.526,2	-66.526,2	A	-36.493,4	-36.493,4
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	928.503,2	928.503,2	A	882.487,1	882.487,1
		B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *220.898,6*						
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *214.178,6*						
	Zuschuss	A	912.989,6	912.982,1	A	866.949,5	866.942,0
	Überschuss	B	7,5		B	7,5	

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Harald Kühn
Abg. Andreas Winhart
Abg. Thomas Zöller
Abg. Andreas Hanna-Krahl
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Stefan Frühbeißer
Staatsministerin Judith Gerlach

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Haushaltsplan 2026/2027

Einzelplan 14

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10110 mit 19/10115)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10116 mit 19/10133 und 19/10407)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10134 mit 19/10140)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10141 mit 19/10149)
Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10150 mit 19/10170, 19/10372 und 19/10373)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeit dürfte Ihnen mittlerweile bekannt sein. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 19/10143 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Harald Kühn für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin Gerlach, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! In Zeiten von Kriegen und Krisen wird wieder besonders deutlich, welch kostbares Gut die Gesundheit ist. Gerade in den vergangenen Jahren konnte man feststellen, dass wir grundsätzlich eine sehr leistungsfähige medizinische Versorgung mit einem effizienten System öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Angebote haben. Es muss uns klar sein,

dass die Gesundheits- und die Pflegeversorgung gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind, –

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigen Sie ganz kurz. – Bitte etwas mehr Ruhe und die Einzelgespräche einstellen. Wir sind bei den Haushaltsberatungen. – Danke.

Harald Kühn (CSU): – die künftig neben mehr Prävention auch mehr Geld benötigen. Durch die demografische Entwicklung, den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und medizinischen Fortschritt sowie das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Menschen – auch der Männer – steigt die Lebenserwartung und damit auch die Relevanz der Gesundheits- und Pflegewirtschaft. Diese hat neben den Versorgungsaufgaben eine sehr große strukturpolitische Bedeutung und trägt zur Sicherung bzw. Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen auch im ländlichen Raum bei: 64 Milliarden Euro Brutto-Wertschöpfung, 1,2 Millionen Beschäftigte.

Leistungsfähige Krankenhäuser sind davon ein wesentlicher Teil. Insofern ist es sehr erfreulich, dass für das Jahr 2026 im Krankenhausetat des Einzelplans 13, zusammen mit den Kommunen, 900 Millionen Euro vorgesehen sind mit dem Ziel, im Laufe der Periode auf eine Milliarde zu kommen. Für das nächste Jahr sind bereits 960 Millionen eingeplant. Ich danke dem Bund, dass er sich hier beteiligt. Wenn Geld kommt, kann man immer Danke sagen.

Der Freistaat fördert hier insbesondere über das Jahreskrankenhausbauprogramm. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das Förderprogramm für die kleineren Krankenhäuser hinweisen, das mit 57,6 Millionen Euro verankert ist.

Vor dem Hintergrund des am 6. März vom Bundestag und am 22. März vom Bundesrat angenommenen Entwurfs zum Krankenhausreformanpassungsgesetz ist festzu-

halten, dass die grundsätzlich notwendige Krankenhausreform möglichst keine nachteiligen Effekte auf die Versorgungssituation der Menschen in Bayern haben sollte.

Hohes Haus, mit diesem Haushalt wird ein wichtiger Beitrag dafür geleistet, dass den Menschen in Bayern auch weiterhin die bestmögliche gesundheitliche Versorgung zur Verfügung gestellt werden kann. Der Einzelplan 14 mit Nachschubliste umfasst ein Gesamtvolumen von circa 1,8 Milliarden Euro, davon 928,5 in 2026 und 882,5 Millionen in 2027.

Der Stellenplan umfasst im gesamten Einzelplan 14 insgesamt 1.907 Stellen; davon entfallen 465 auf das Ministerium, das sich auf vier Standorte in den Städten München und Nürnberg verteilt, sowie auf das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung.

Zum Sachhaushalt: Es gibt wieder eine Vielzahl an Maßnahmen in den Themenfeldern Prävention und Gesundheitsschutz. Ich will exemplarisch nur die Bekämpfung der Glücksspielsucht, die Maßnahmen gegen die Immunschwächekrankheit AIDS, die Verhütung bzw. Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, die Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie, die Einrichtung psychiatrischer Krisendienste bei den Bezirken, die gesundheitliche Klimaforschung und den Masterplan Prävention zur gesunden Lebensgestaltung erwähnen. Die Mittel für die Bekämpfung unmittelbarer Gefahrenlagen sind hier ebenso wie die Vorhaltung eines strategischen Grundstocks zur Pandemiebekämpfung und der Betrieb des Bayerischen Logistikzentrums Gesundheitssicherheit eingestellt.

Bayern wird zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung insbesondere auch im ländlichen Raum beitragen. Für die Unterstützung von Kur- und Heilbädern und die Landarztprämie werden Ausgabemittel in Höhe von rund 8,6 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt. Für die Förderung des kommunalen Engagements für die ärztliche Versorgung vor Ort stehen insgesamt 4,6 Millionen Euro sowie 4,4 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung.

Das Stipendienprogramm für Medizinstudenten wird bis Ende 2027 mit 6,8 Millionen Euro unverändert fortgeführt. Erwähnenswert ist auch das Stipendienprogramm für die Übernahme von Studiengebühren für ein Medizinstudium im EU-Ausland für bis zu 100 Medizinstudenten. Für das im Jahr 2015 aufgelegte, sehr erfolgreiche Förderprogramm "Gesundheitsregionen plus" sind 5,5 Millionen Euro vorgesehen. Im Rahmen der Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes sind die Aufgaben und Strukturen in gesetzliche Zuständigkeit überführt worden.

Für die Umsetzung von Modellvorhaben und Projekten zur Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich sowie für die Implementierung von Telematik-Anwendungen sind 46 Millionen Euro eingeplant. Die Geburtshilfe, der Hebammenbonus und die Niederlassungsförderung für Hebammen sind insgesamt mit 59,2 Millionen Euro enthalten.

Auch in Bayern ist der Fachkräftemangel weiterhin groß und ein wichtiges Thema. 2026 und 2027 wird die auf den generalistischen Abschluss und das moderne Berufsfeld eines Gesundheitsfachberufs ausgerichtete Kampagne "Neue Pflege Bayern" fortgeführt. Zur Förderung von Weiterbildungsabschlüssen in der Pflege, deren Abschlüsse nicht der staatlichen Anerkennung unterliegen, wird in Anlehnung an den Meisterbonus ein neues Förderprogramm mit 2,5 Millionen Euro pro Jahr aufgelegt. Die Gewinnung ausländischer Pflegefachkräfte ist mit 3,5 Millionen Euro verankert. Zur Umsetzung des Pflegeberufegesetzes sind jeweils 79,4 Millionen Euro enthalten. Neu aufgenommen in die Finanzierung wird die Pflegefachassistenzausbildung.

Für das von der Staatsregierung jetzt im Betrag neu festgesetzte und weiterhin in veränderter Form als sinnvoll erachtete Landespflegegeld sind 662 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine deutliche Absenkung im Vergleich zum vorherigen Doppelhaushalt.

Der Freistaat Bayern fördert den flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau der pflegerischen Versorgungsstruktur, damit pflegebedürftige Menschen so lange wie

möglich zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Für die Pflege im sozialen Nahraum sowie für Tagespflegeplätze und Pflegeheime sind 326 Millionen Euro veranschlagt. Inklusive der Verpflichtungsermächtigungen ergibt sich ein Verfügungsrahmen von 510 Millionen Euro.

Die Familienpflege, die Angehörigenarbeit – 100 Fachstellen haben wir hier etwa – sowie die Pflegestützpunkte, 58 an der Zahl, sind in diesem Zusammenhang wichtige Bausteine zur Stützung von betroffenen Menschen und deren Familien. Für die Bayerische Demenzstrategie zur Umsetzung von Forschungsprojekten stehen jährlich 1,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb ist die Pflege und Begleitung von schwerstkranken und sterbenden Menschen ein Gebot der Menschlichkeit. Mit insgesamt 2 Millionen Euro können die palliativmedizinische und die geriatrische Versorgung im stationären und ambulanten Bereich verbessert sowie der Ausbau der ambulanten Hospizarbeit, der stationären Hospize und die Arbeit der Kinderhospize unterstützt werden.

Kolleginnen und Kollegen, gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich der breiten Öffentlichkeit die außerordentlich große Bedeutung der Arbeit des gesamten medizinischen sowie pflegerischen Personals einschließlich sozialer Wohlfahrtsverbände sowie privater Gesundheits- und Pflegeanbieter. All diesen für das Funktionieren unseres Gemeinwesens so wichtigen Menschen sei bei dieser Gelegenheit vielmals gedankt. Mein Dank gilt zudem allen Verantwortlichen der Staatsregierung, insbesondere unserer überaus tüchtigen und erfolgreichen Staatsministerin Judith Gerlach, dem Patienten- und Pflegebeauftragten der Staatsregierung, Kollegen Thomas Zöller, sowie der Staatsverwaltung und natürlich auch der Opposition. Bedanken darf ich mich auch bei unseren beiden Ausschussvorsitzenden Bernhard Seidenath für den Fachausschuss und Josef Zellmeier für den Haushaltsausschuss.

Abschließend darf ich für den vorliegenden Entwurf des Einzelplans 14 das Hohe Haus um Zustimmung bitten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesundheit ist ein ganz hohes Gut und der Gesundheitsbereich ein großer Teil der Daseinsvorsorge. In einer Gesellschaft, die vor großen Herausforderungen steht, wenn es um den demografischen Wandel geht, wenn es um die Globalisierung geht, aber auch beispielsweise um neue Krankheitsbilder, ist es wichtig, dass wir vom Landtag aus gegensteuern und entsprechend Mittel bereitstellen.

Der vorgelegte Haushalt, so muss man aber feststellen, meine Damen und Herren, ist etwas kraftlos. Er ist gekürzt und in manchen Teilen meiner Meinung nach durchaus unsozial und ein bisschen ein Lobbyhaushalt. Er ist Teil der Verwaltung des Untergangs unserer Krankenhauslandschaft und Teil des Niedergangs der ländlichen Strukturen.

Zu einem ganz aktuellen Thema: Wo ist eigentlich der Schutz unserer Krankenkassenbeitragszahler, wenn neue Angriffe aus Berlin kommen? Anders kann man es gar nicht nennen. Wo sind eigentlich die ganzen lauten Stimmen, wenn es um die Patienten geht und vor allem um die Familien, meine Damen und Herren?

Wenn man auf die Website schaut, was gerade aktuell passiert, um was sich das Gesundheitsministerium kümmert, dann sieht man: "BavariaMoves", also ein Beweg-dich-Programm, Trimm-dich, Halt-dich-fit wie in den 1970er-Jahren. Dann gibt es etwas zu Wechseljahren und zur Bayerischen Impfwoche, da geht es hauptsächlich

um HPV. Ganz aktuell ist eine Pressemitteilung zum Thema Heuschnupfen, meine Damen und Herren, als hätte man als vom Heuschnupfen Geplagter nicht gewusst, dass im Frühjahr die Pollen fliegen.

All das ist keine Antwort auf die Herausforderungen der Zeit, in der wir darum kämpfen müssen, dass wir nicht unsere Kassen geplündert bekommen durch Berlin und all diejenigen, die daran partizipieren. Wir haben immer noch den Niedergang der Kliniken im ländlichen Raum. Immer wieder erreichen uns Petitionen oder Anschreiben von Bürgerinnen und Bürgern, dass wir uns den Erhalt der Krankenhäuser auf die Fahnen schreiben sollen.

Dann machen wir weiter mit der Digitalisierung. Wir haben gehört, wir sind deutscher Meister im Bereich Digitalisierung. Aber wie schaut es aus in den Krankenhäusern, bei den Ärzten, in der gesamten Gesundheitsbranche? Wo waren denn da die großen Fortschritte? Was hat denn das Ministerium gefördert? Und vor allem: Wo ist die IT-Sicherheit, wenn es um die Patientendaten und die Krankenhäuser geht? Obwohl es diese Vorfälle vermehrt gibt, dass sich Hacker in ein Krankenhaus einloggen und dann versuchen, an Patientendaten zu kommen und Krankenhäuser zu erpressen, haben Sie jeden Antrag von uns abgelehnt, völlig egal ob durch die Koalition oder die linke Opposition.

Da ist keine Antwort auf den demografischen Wandel, nicht ansatzweise, angesichts eines Landespflegegeldes, wo es gerade um die alten Leute geht. Der demografische Wandel sagt uns, es wird immer mehr alte Leute geben, die auch Pflege benötigen. Da wählen Sie genau den falschen Ansatz, meine Damen und Herren. Sie geben keine Antwort auf den demografischen Wandel. Sie versuchen zu retten, was zu retten ist.

Gehen wir weiter. Wir haben noch andere Herausforderungen, Thema Arzneimittelsicherheit, Lieferketten usw. All das kommt nur rudimentär vor.

Mit der AfD, meine Damen und Herren, würde das anders ausschauen.

(Petra Högl (CSU): Sicherlich nicht!)

– Gut zuhören, dann lernen Sie etwas! – Mit der AfD würde es deutlich anders ausschauen. Wir würden deutlich mehr Geld in den bayerischen Haushalt für den Bereich Gesundheit einbringen. Das sind im Jahr 2026 alleine 22 Millionen Euro und im Jahr 2027, wenn das Landespflegegeld dann radikal gekürzt ist, 218 Millionen Euro, die wir mehr investieren würden.

Wie teilt sich das Ganze auf? An was haben wir gedacht? Wo würden wir Prioritäten setzen? – Da geht es um die Forschung, ein Thema, das wir schon lange begleiten, Forschung, die wir immer wieder fordern, wenn es um Long COVID geht, um Post-Vac, um die Folgen der von Ihnen geforderten und geförderten COVID-Impfung. Da wollen wir jeweils 5 Millionen Euro Steigerung.

Wir wollen eine Steigerung bei der Landarztprämie: 3 Millionen Euro pro Jahr. Wir wollen mehr tun für Hebammen. Beim Hebammenbonus möchten wir pro Jahr 5 Millionen Euro mehr. Wir wollen bei der Meisterweiterbildung im Bereich der Pflege 2,7 Millionen Euro pro Jahr mehr.

Machen wir weiter: Wir wollen das Pflegegeld beibehalten, ja, in dieser Höhe und in dieser Form. Wir sind auch gern bereit, das anders zu strukturieren, aber grundsätzlich muss den Leuten geholfen werden. Da sind wir mittlerweile doch bei einem sehr hohen Betrag, fast 200 Millionen Euro, die wir da ansetzen.

Wir würden auf der anderen Seite aber auch sparen. Bekanntlich sehen wir den Landespflegebeauftragten in Zukunft nicht mehr. Das sind 220.000 Euro. Man muss auch einmal genannt haben, dass dieser Job 220.000 Euro kostet. Zumindest ist er damit von Ihnen im Haushalt veranschlagt.

Wir haben die Vereinigung der Pflegenden, in der keiner oder kaum jemand von den Pflegenden Mitglied werden will, in die man die Leute auf Teufel komm raus hineinzudrängen versucht. Das sind 3,5 Millionen Euro pro Jahr.

Wir haben die Influenza-Pandemievorsorge, die wir noch nie gebraucht haben, selbst während COVID nicht, mit 5 Millionen Euro; 5 Millionen Euro laufen jedes Jahr zur Pharmaindustrie, bei der wir einkaufen.

Dann haben wir die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände, wo wir gern mehr tun würden, immerhin eine Million Euro.

Wir wollen die finanzielle Sicherheit der Rehakliniken sicherstellen. Wir sprechen viel über die Akutkliniken, die von Berlin entsprechend in die Mangel genommen wurden, aber Bayern ist auch Rehaland. Viele Menschen im Gesundheitssystem arbeiten im Rehabereich, nicht nur diejenigen, die selber Pflege am Menschen durchführen, sondern auch alles darum herum an Hilfsdienstleistenden etc., an Leuten, die insgesamt in diesem Bereich beschäftigt sind. Deswegen braucht es hier eine ganz klare Stärkung, wenn wir Rehaland Nummer eins bleiben wollen. Das ist ja in vielen Regionen in Bayern der Fall, dass wir da wirklich eine starke Macht sind. Dann brauchen wir da mehr Geld, und wir wollen hier mit 10 Millionen Euro unterstützen.

Es geht natürlich auch um die Familien, die ihre Angehörigen pflegen. Da wollen wir auch mehr geben, beispielsweise eine Million Euro.

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt müssen wir noch ein Thema ansprechen. Da geht es um eine Petition, die wir im Gesundheitsausschuss hatten, um die JERWA-Station in Vogtareuth. Wir haben im Ausschuss einstimmig beschlossen, dass wir dem Ganzen folgen wollen, dass wir das als wichtig erachten. Wir haben das mit dem Votum 80.3 beschieden. Jetzt ist aber im aktuellen Haushalt kein Cent dafür drin, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Wer A sagt, muss auch B sagen. Stellen Sie deswegen bitte auch die 300.000 Euro pro Jahr zur Verfügung, die wir für JERWA beantragt haben, für die Menschen, die es nicht so leicht haben auf dieser Welt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Thomas Zöller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Gesundheitsministerin Judith Gerlach, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst darf ich feststellen, dass im Einzelplan 14 des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention die Gesamtausgaben im Haushaltsjahr 2026 von bisher 620 Millionen um 308 Millionen auf 928 Millionen Euro steigen. Im Haushaltsjahr 2027 sinken sie auf dann 882 Millionen Euro. Wir haben also zwei Haushaltsjahre mit viel Geld im Haushalt für Gesundheit und Pflege. Das Ministerium setzt hier besondere Schwerpunkte im Bereich Gesundheitsversorgung, im Bereich Pflege. Auch Hospize sind ein ganz wichtiges Thema sowie Prävention und Gesundheitsschutz.

Jetzt möchte ich den Punkt hier gleich nutzen, bevor es vergessen wird, dass ich mich bei allen Menschen, die in der Gesundheitsbranche, in den Pflegeberufen arbeiten, mal ganz herzlich bedanke.

Wir tun das auch in diesem Haushalt – wenn wir bei den Hebammen schauen – mit dem Hebammenbonus. Die Hebammen haben es im Moment mit dem neuen Hebammenhilfevertrag sowieso schwer genug, mit dem sie 20 bis 30 % weniger Einnahmen haben. Hier müssen wir helfen.

Wir tun das mit dem Meisterbonus. Herr Kollege Harald Kühn hat schon alle Zahlen aufgezählt. Sie haben quasi meine Rede gehalten.

Deshalb möchte ich einfach mal auf ein paar verschiedene Punkte eingehen und vielleicht auch in Richtung AfD schauen. Ich weiß, in der Opposition ist es leicht, sich hinzustellen und immer wieder zu sagen: Okay, das sind zwar gute Zahlen, aber wir wollen noch mehr. Da wollen wir noch ein bisschen mehr, und da hätten wir auch gerne ein bisschen mehr.

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Ich gehe jetzt einfach mal davon aus, dass wir schauen müssen, dass wir genügend junge Ärztinnen und Ärzte finden, die den wichtigen Beruf studieren wollen. Ich glaube, da ist die Landarztquote doch eine super Geschichte. Auch in dem Haushalt findet sich wieder, dass man zwischen 60.000 bis hin zu 150.000 Euro – wenn man alles nutzt – für die Gründung einer Praxis bekommen kann. Ich glaube, auch da haben wir gute Maßnahmen getroffen, damit sich junge Ärztinnen und Ärzte auf dem Land ansiedeln.

Wenn wir gerade bei dem Thema sind – wie gesagt, ist meine Rede gerade eben schon gehalten worden, da kann ich auch noch auf etwas anderes eingehen –: Das Praktische Jahr wäre natürlich auch eine wichtige Geschichte, die man mal auf Bundesebene klären sollte. Meine Tochter ist gerade im Praktischen Jahr. Da verdient man 330 Euro im Monat und bekommt ein warmes Essen pro Tag und einen Stellplatz für das Fahrzeug. Das war es. Ich glaube, auch da müssen wir etwas nachbessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir müssen für pflegebedürftige Menschen mit Behinderung etwas mehr tun.

(Andreas Winhart (AfD): Ja!)

Es gab mal Zeiten, in die wir hoffentlich nie mehr zurückkommen. Jetzt sagen Sie es gerade. Ich hoffe, dass wir nie mehr in die Zeiten zurückkommen, in denen wir eben keine Menschen mit Behinderungen hatten. Jetzt haben wir diese älteren Menschen, und denen müssen wir helfen. Deswegen freue ich mich, dass dafür auch pro anno im Haushalt rund 6 Millionen Euro veranschlagt sind.

Viele haben schon die Umstrukturierung des Landespflegegeldes angesprochen. Auch da muss man immer wieder sagen: Freiwillige Leistungen sind immer eine gefährliche Sache. Man gibt irgendetwas, und dann, wenn es der eine oder andere nicht bekommt, ist der Ärger groß. Ich zumindest bin einigermaßen froh, dass wir das Landespflegegeld mit den 500 Euro pro Jahr zumindest etwas erhalten. Es ist immer noch

leicht anzufordern, und man bekommt es auch leicht. Von daher, glaube ich, ist es eine kleine Wertschätzung für diejenigen, die sich zu Hause um die Pflegebedürftigen kümmern. Es ist natürlich für den Pflegebedürftigen oder die Pflegebedürftige, aber sie können dann mit dem Geld vielleicht ein bisschen etwas Gutes tun.

Das Versprechen, dass dieses Geld in die Struktur fließen soll, ist auch in dem Haushalt abgebildet. Wir sehen es ganz deutlich, wenn es um den Haushalt geht. Wir sehen, dass wir die Tages- und Kurzzeitpflegeplätze sowie auch die Förderung für Pflegeheime ausbauen. Hier haben wir für das Jahr 2026 85 Millionen Euro eingestellt und für das Jahr 2027 rund 98 Millionen Euro vorgesehen. Gerade diese Kurzzeit- und Tagespflegeplätze sind als Entlastung für die pflegenden Angehörigen ganz wichtig, damit diese auch einmal durchschnaufen können und eine gewisse Zeit haben, sich um sich selbst zu kümmern.

Wir haben gerade zum Digitalhaushalt gehört, dass man da auch noch viel mehr machen könnte, gerade bei der Digitalisierung in der Pflege, im Gesundheitssystem. Hier liegt mir vor allem etwas am Herzen. Klaus Holetschek hat das auch schon mal angesprochen: Wir haben so viele Angebote in der Pflege, im Gesundheitssystem, und selbst wir, die sich täglich damit befassen, blicken da fast nicht durch. Deswegen bräuchte es eine App: Ein Klick, und ich finde alles, was ich brauche. Das liegt mir auch am Herzen. Das wäre toll, wenn wir das hinbekommen.

Ansonsten natürlich auch, wenn wir schon bei Digitalisierung sind: Für Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegewesen haben wir weitere 18,8 Millionen Euro per anno im Haushalt stehen. Auch die Telematikanwendung wird mit 4,2 Millionen Euro weiter ausgebaut.

Jetzt gehe ich ganz weg von den Zahlen. Wir haben noch viele Projekte, wir wollen noch vieles fördern, aber wir wollen auch Gesundheit fördern. Da finde ich es gut, dass unsere Ministerin "BavariaMoves" ins Leben gerufen hat. Wir haben es heute auch schon beim Kollegen Manuel Knoll gesehen, wie er zum Tagesordnungspunkt

ans Rednerpult gelaufen ist. Das heißt, der Mann ist trainiert, der ist fit, der macht Prävention. Das müssen wir machen. "BavariaMoves" – er hat es heute vorgelebt. Den Präventionsplan müssen wir natürlich auch umsetzen.

Ich sehe auch, dass die Zeit langsam rum ist. Lasst uns gesund leben, lasst uns viel Sport treiben, wie wir es heute gezeigt bekommen haben; dann wird demnächst auch das Geld für Gesundheit und Pflege reichen. – Ich danke Ihnen und bitte um Zustimmung zum Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Amen!)

– Amen, die Zeit ist um.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte am Rednerpult bleiben. Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart, AfD-Fraktion, vor. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege, jetzt muss ich erst einmal etwas feststellen. Klar, bei anderen Oppositionsfraktionen ist das anders. Bei uns ist jeder Cent, den wir fordern, gegenfinanziert. Das heißt, auch diese 200 Millionen Euro für die Fortführung des Landespflegegeldes sind gegenfinanziert. Wir sagen auch ganz klar, woher das Geld aus Ihrem Entwurf des Haushalts kommen soll. Das ist das Erste.

Das Zweite. Ich möchte Sie noch einmal auf JERWA ansprechen. Sie waren, glaube ich, auch bei der legendären Sitzung anwesend, in der wir diese Petition behandelt haben. Sie haben meines Wissens dafür gestimmt, weil alle dafür gestimmt haben. Warum sind jetzt keine Mittel dafür im Haushalt? Das sind 30.000 Petenten gewesen. Wenn Sie denen sagen, wir nehmen das mit, wir halten das für wichtig, warum sind Sie dann nicht so konsequent und sagen, wir stellen wenigstens 300.000 Euro ein,

damit man das Ganze einmal evaluiert und schaut, wo wir dieses Projekt fortführen können, wenn es schon in Vogtareuth nicht mehr geht?

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Genau, das Projekt JERWA können Sie natürlich sehr gut in Ihren sozialen Medien nutzen. Deswegen spielen Sie das auch; das kann ich auch verstehen. Mir ist es auch wichtig, dass eine gute Versorgung gerade für diese Menschen mit Behinderung, für Menschen, denen es nicht so gut geht, da ist. Das Ministerium hat aber auch zugesagt, dass man sich starkmachen will, dass man vielleicht andere Kliniken findet, die solche Aufgaben übernehmen. Da verlasse ich mich nun einmal ganz auf unser Ministerium. Es geht wahrscheinlich nicht unbedingt um viel Geld, sondern man muss Inklusion auch in der Gesundheit und in der Pflege mitdenken. Dazu gehört auch solch eine Einrichtung. Ich glaube, das ist gut im Ministerium aufgehoben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Andreas Hanna-Krahl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Staatsministerin Judith Gerlach, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich maße mir heute an, nicht nur als gesundheitspolitischer Sprecher meiner Fraktion zu sprechen, sondern auch als ausgebildeter Krankenpfleger und Rettungssanitäter, also als jemand, der dieses Gesundheitssystem live und in Farbe am Menschen, am Bett, im RTW erlebt hat. Genau aus dieser Perspektive möchte ich sehr deutlich sagen: Unser Gesundheitssystem steht nicht in erster Linie vor einem Finanzierungsproblem, es steht vor einem großen ausgewachsenen Strukturproblem. Wer das Erste ohne das Zweite adressiert – egal ob im Haushalt oder sonst wo –, wird beides ausschließlich verschärfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Diagnose ist bekannt und unstrittig. In Bayern ist bereits heute jede fünfte Person über 65 Jahre alt. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt kontinuierlich, während gleichzeitig bundesweit mehrere Zehntausend Pflegefachkräfte fehlen und in Bayern Hunderte von Hausärztesitzen unbesetzt sind – das Ganze mit wachsender Tendenz, versteht sich.

Gleichzeitig wissen wir auch seit Jahren, dass ein erheblicher Teil der stationären Krankenhausfälle – in der Größenordnung, davon kann man ausgehen, von circa 20 % – ambulant versorgbar und damit absolut vermeidbar sind, wenn die Primärversorgung entsprechend aufgestellt wird. Anders ausgedrückt, lassen Sie es mich mit den Worten des ehemaligen Gesundheitsministers Klaus Holetschek sagen: Wir haben doch kein Erkenntnisproblem im Gesundheitssystem, wir haben ein Umsetzungsproblem.

Genau bei diesem Umsetzungsproblem – ich bitte Sie um Verzeihung, aber ich glaube, in Anbetracht der aktuellen Debatte ist es mehr als nachvollziehbar – möchte ich auf die Bundesebene zu sprechen kommen. Frau Warken als Bundesgesundheitsministerin hat am 14. April ein GKV-Paket vorgelegt, das ab 2027 20 Milliarden Euro jährlich einsparen soll, auf Basis von 66 Empfehlungen ihrer eigens eingesetzten Kommission. Von denen übernimmt sie drei Viertel. Ich sage es so, wie ich es ehrlicherweise meine: Das ist keine Strukturreform, das ist ein Ausgabenmoratorium und hat mit einer Reform rein gar nichts zu tun. Ich möchte kurz drei Punkte herausgreifen:

Erstens. Der Entwurf deckelt das Vergütungssteigerungssystem, was die Tariflöhne angeht, bei den Rettungsdiensten. Was bedeutet das ganz konkret? – Das bedeutet, dass wir ab 2027 eine strukturelle Unterfinanzierung des Rettungsdienstes haben – Klartext: Wir reden über die Substanz der präklinischen Gesundheitsversorgung in diesem Land, über die Kapazitäten, die wir für Großschadenslagen brauchen, die wir für Pandemien brauchen, die wir auch für den Zivilschutz brauchen. Wer hier kürzt, spart am Ernstfall.

Zweitens. Die Bundesärztekammer hat in der Stellungnahme deutlich gemacht, dass der Gesetzentwurf sogar weit von den Empfehlungen der eigens von der Bundesministerin eingesetzten Kommission abweicht.

Drittens. Das ist der eigentliche politische Skandal: Es ist eine Auslassung. Allein die vollständige Finanzierung der Krankenkassenbeiträge für Bürgergeldempfänger und -empfängerinnen aus Steuermitteln, also jener Teil, der versicherungsfremd ist und somit wirklich eine Strukturreform wäre, wird gnadenlos ausgebremst. Das trägt sowohl die Union als auch die SPD auf Bundesebene mit.

Was wir stattdessen brauchen, ist klar benennbar: die Überführung der versicherungsfremden Leistungen in die Steuerfinanzierung, Begrenzung von Arzneimittelkosten bei patentgeschützten Präparaten, eine gerechtere Lastenverteilung zwischen GKV und PKV und eine ernsthafte Präventionsstrategie. Keiner dieser Hebel ist bislang Teil des Bundespakets und ausreichend Teil auf Landesebene.

Was macht jetzt also die Staatsregierung auf Landesebene? – Sie verteidigt wie auf Messers Schneide stehend das Landespflegegeld, rund 652 Millionen Euro, verteilt absolut nach dem Gießkannenprinzip, unabhängig vom tatsächlichen Bedarf, ohne belastbare Wirkungsweise, ein Wahlgeschenk, während es gleichzeitig an Kurzzeitpflegeplätzen fehlt, während es gleichzeitig an Tagespflegeplätzen fehlt, an Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige fehlt, an Quartierskonzepten fehlt. Genau das Geld wollen wir GRÜNE ab 2027 umschichten, weg von der pauschalen Einmalzahlung hin zu einer modernen bedarfsgerechten Pflegeinfrastruktur. Dafür brauchen wir endlich eine verbindliche Versorgungs- und auch Sozialraumplanung: kleinräumig, sozialraumorientiert und vorausschauend. Gute Versorgung darf kein Zufall sein und vom Postleitzahlenbereich abhängen.

Der zweite strukturelle Hebel ist die Primärversorgung. Unser System ist seit jeher arztzentriert aufgebaut, aber die Realität hat sich komplett verändert: Patientinnen und Patienten sind multimorbid. Auch Ärztinnen und Ärzte wollen heute im Team

arbeiten, mit geregelten Zeiten, auf Augenhöhe mit anderen Berufsgruppen und mit einer Evidenz, die wir nicht in Bayern neu überprüfen müssen; die haben wir aus dem kompletten europäischen Ausland. Schauen Sie nach Island, schauen Sie nach Finnland, schauen Sie in den kompletten skandinavischen Raum. Was Sie hier an wissenschaftlicher Überprüfung Ihrer Projekte fordern, hat sich in sämtlichen Ländern dieser Welt bewahrheitet. Starke multiprofessionelle Primärversorgung reduziert Krankenhauseinweisungen, verbessert die Behandlungsqualität und senkt gleichzeitig die Kosten.

Deshalb müssen wir in Zukunft nicht nur das Thema "Primärversorgung" ins Auge fassen, sondern auch die Digitalisierung. Wir wollen mit 30 Millionen Euro in zwei Jahren ein virtuelles Krankenhaus Bayern neu aufbauen, nach dem Vorbild, das wir alle schon kennen, nämlich der virtuellen Kinderklinik Bayern. Telemedizinische Konsile, digitale Fallkonferenzen, fachärztliche Einschätzungen in die Fläche bringen, insbesondere in den ländlichen Raum – da liegt die Zukunft eines modernen, gut aufgestellten Gesundheitssystems.

Ich betone es ausdrücklich ein zweites Mal: Es muss Schluss sein mit der Projektlogik der Bayerischen Staatsregierung. Was funktioniert in diesem Freistaat, muss zwingend in die Regelversorgung überführt werden. Wir können es uns anders nicht leisten. Wir brauchen die dauerhafte und verlässliche Versorgung. Das gilt für die Community Health Nurses in Lindenberg genauso wie für das FASD Kompetenzzentrum für Kinder mit Alkoholspektrumstörungen.

Zuletzt sage ich: Wer Pflege stärken will, muss die Pflege auch gestalten lassen und mit an den Tisch holen.Wir brauchen eine Pflegekammer mit echten Kompetenzen. Wer jeden Tag Verantwortung trägt, muss an den Entscheidungen beteiligt sein. Das ist keine Standesfrage. Das ist eine Frage – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Es gäbe noch so viel Wichtiges zu sagen.

(Michael Hofmann (CSU): Wieso haben Sie das nicht vorher gemacht? – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Das habe ich. Ausführlich! Herr Hofmann, ich merke, Sie brennen für mehr Informationen. Das holen wir gerne bei einem Kaffee nach.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ihre Redezeit ist trotzdem um.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist für die Fraktion der SPD die Kollegin Ruth Waldmann. Bitte schön.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Wir beraten einen Haushalt in wirklich herausfordernden Zeiten. Das liegt natürlich an der Kassenlage – das Geld ist knapp –, aber nicht nur. Die Menschen im ganzen Land spüren, dass wir in Zeiten des Umbruchs leben.

Wir müssen unser Gemeinwesen fit für die Zukunft machen. Das gilt insbesondere für die Bereiche der Gesundheit und der Pflege. Die Lösungen von gestern sind in weiten Teilen nicht mehr tauglich für die Versorgung von morgen und für kommende Generationen. Wir haben eines der teuersten Gesundheitswesen weltweit. Die Kommunen und die Klinikträger ächzen unter den stetig wachsenden Kosten, ohne dass dabei die bestmögliche Versorgung für die Menschen herauskommt. Außerdem werden die Arbeitsbedingungen für die Menschen in den Gesundheitsberufen zunehmend belastender.

Das muss besser gehen, und das muss anders werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD stellen deswegen unser Haushaltskonzept ganz klar unter die Überschrift: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur; denn das Geld ist hier am besten investiert.

Wir sollten nicht einfach immer nur mehr Geld ausgeben, weil es in vielen Fällen die Versorgungsstruktur ist, die nicht mehr passt. Wir brauchen deshalb echte Reformen, sonst rächt sich das. Dazu gehört an erster Stelle die Umsetzung der Krankenhausreform. Da hat Bayern eine große Verantwortung; das muss jetzt klappen. Immerhin sind Sie von der Regierungsseite aber endlich von der Fundamentalopposition weg, seit das Gesundheitsministerium in Berlin wieder in den Händen der Union ist.

Die Kommunen und Klinikträger im ganzen Land machen sich jetzt daran, ihre Häuser umzustrukturieren und neu aufzustellen. Aber wir wissen es: Krankenhausplanung ist und bleibt Ländersache. Da reicht es eben auf Dauer nicht, nur Gutachten zu fördern und Gespräche zu moderieren. Es müssen Entscheidungen her.

Was braucht es wo? Wer soll was machen und welche Leistung anbieten? Wie wird am Ende eine gute und moderne flächendeckende medizinische Versorgungsstruktur daraus? Die Kommunen und Träger brauchen Planungssicherheit. Da muss von der Staatsregierung mehr kommen. Das haben Ihnen auch Ihre Vertreter aus den Landkreisen und Städten in Bayern ganz klar gesagt.

Außerdem muss die mittlerweile auch von Ihnen versprochene Krankenhausmilliarde endlich kommen – in unserem Haushalt ist sie voll umfänglich enthalten –, um wichtige Investitionen stemmen zu können. Das liegt ebenfalls in der Zuständigkeit der Länder und ist deshalb Aufgabe Bayerns.

Es geht aber natürlich nicht nur um Krankenhäuser, sondern insgesamt um eine gute medizinische und pflegerische Versorgung. Gerade die Pflege ist eine der größten Baustellen in unserer Gesellschaft. Das wissen die Menschen; sie kriegen das jeden Tag mit. Wir sind eine älter werdende Gesellschaft. Wir haben erheblich zu wenige

Pflegeplätze, und die Pflegeplätze, die wir haben, sind zu teuer und werden immer noch teurer.

In den letzten vier Jahren ist der Eigenanteil im ersten Jahr im Heim in Bayern im Durchschnitt um mehr als 1.000 Euro gestiegen, und immer mehr Pflegeheimbewohner sind auf Sozialhilfe, also auf Hilfe zur Pflege, angewiesen. Diese hohe finanzielle Belastung untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung. Nur 30 % der Menschen halten es noch für wahrscheinlich, im Pflegefall ausreichend versorgt zu sein. Das ist alarmierend.

Es ist klar, dass es nur wenig gibt, das die Menschen dermaßen verunsichern kann. Hier müssen wir massiv investieren und ganz besonders umsichtig vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere noch einmal an den Vorschlag der SPD, die Pflegebedürftigen bei den Heimkosten um rund 500 Euro im Monat zu entlasten, und zwar so, dass der Freistaat seine Verpflichtung übernimmt und die Kosten für die Ausbildung der Pflegekräfte und für Investitionen aus den Eigenanteilen herausnimmt und auskömmlich finanziert. Die von Ihnen an dieser Stelle vorgeschlagene Entlastung reicht da nicht aus. 500 Euro im Monat – das wäre eine wirklich spürbare Hilfe für die Menschen im Land.

Stattdessen sehen sich die Menschen damit konfrontiert, dass das bayerische Landespflegegeld mit einem Schlag halbiert wird. Jetzt haben Sie von der Regierungsseite behauptet, dass das gar keine Kürzung sei und das eingesparte Geld künftig in die Pflegeinfrastruktur investiert werde. Dazu haben wir im Gesundheitsausschuss auf Antrag der SPD vor einem Jahr gemeinsam beschlossen, dass die Staatsregierung berichten soll, wie das Geld genau eingesetzt wird. Auf diesen Bericht warten wir immer noch.

Wenn man sich den von Ihnen heute vorgelegten Haushalt anschaut, stellt man fest, dass die Staatsregierung beim Landespflegegeld ab 2027 mindestens 200 Millionen

Euro einspart, aber nur 154 Millionen Euro für mehr Investitionen in Pflegepläne eingeplant sind. Ich sage Ihnen: Wir werden da nicht lockerlassen.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie vielleicht wissen, findet über 80 % der Pflege inzwischen zu Hause statt. Die pflegenden Angehörigen sind der wichtigste Pflegedienst im Land. Dabei sagen acht von zehn Angehörigen in Bayern, mehr Unterstützung durch Verhinderungs-, Ersatz- oder Kurzzeitpflege zu benötigen. Deswegen muss auch das wichtige Programm "PflegesoNah" endlich auskömmlich ausgestattet werden. Das ist ein gutes Programm, dem wir gerne mit Ihnen zusammen zugestimmt haben. Bis jetzt konnten aber nur 40 % der Anträge bewilligt werden. Wir setzen in unserem Haushaltskonzept, das natürlich auch komplett durchfinanziert ist, das Doppelte ein.

Außerdem brauchen wir endlich Pflegestützpunkte in jedem Landkreis und in jeder Stadt. Des Weiteren brauchen wir Barrierefreiheit in den Krankenhäusern und Arztpraxen sowie Investitionen in die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel durch School Nurses, also durch Schulgesundheitsfachkräfte.

Sie sehen: Es gibt eine ganze Menge zu tun. Hier lohnt sich wirklich jede Investition.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Der nächste Redner ist für die CSU der Kollege Bernhard Seidenath. Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Anders gesagt: Die Gesundheit ist das Fundament, auf dem ein erfülltes Leben steht.

Ich sage immer: Gesundheit ist das Wichtigste, privat wie politisch. Was die Pflege anbelangt, zeigt sich die Humanität unserer Gesellschaft darin, wie sie mit ihren Schwächsten, mit den Pflegebedürftigen umgeht.

Die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege ist die größte humanitäre Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Das ist ein elementares Themenfeld. Diese Erkenntnisse, diese Fundamentalsätze müssen sich im bayerischen Staatshaushalt abbilden, und sie bilden sich in ihm auch für die kommenden zwei Jahre 2026/2027 ab.

Der Einzelplan 14 umfasst mit Nachschubliste ein Gesamtvolumen von rund 1.811 Millionen Euro. Jeder Cent dieser mehr als 1,8 Milliarden Euro ist gut angelegt.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER))

Die Kollegen Harald Kühn und Thomas Zöller haben das vorhin sehr gut und treffend ausgeführt.

Diese Gelder sind ein großer und wichtiger Schritt in Richtung unseres gemeinsamen Ziels der bestmöglichen medizinischen, pflegerischen und pharmazeutischen Versorgung. Wir wollen eine flächendeckende Versorgung passgenau mit ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen, mit stationären Leistungen und mit Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, Hebammen, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land gleichermaßen sicherstellen. Das Wehklagen der AfD war deswegen haltlos, grundlos, und es hat die Zuständigkeiten im Freistaat Bayern komplett verkannt.

Auch die SPD hat über alles Mögliche gesprochen, nur nicht über unseren Staatshaushalt. Es wäre schon ein Lob für die Anhebung auf die 900 Millionen Euro für die Investitionskosten für die Krankenhäuser angebracht gewesen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Wenn man hier schon sagt, dass die Milliarde verfehlt worden sei: Wir sind schon ganz nah dran. Das wäre also schön gewesen. Es passt nicht zu dem Staatshaushalt, weil das in einem anderen Einzelplan verortet ist, aber das wäre doch schön gewesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich kurz erläutern, wo wir als Gesundheits-, Pflege- und Präventionspolitiker der Regierungsfraktionen im Staatshaushalt 2026 unsere Schwerpunkte gesetzt haben. Wir setzen Schlaglichter für die Gesundheit der Menschen, indem wir die Ärzteausbildung durch Stipendien für ein Medizinstudium im EU-Ausland ohne Ansehen der Abiturnote und gerade für die, die sich ein solches Studium im Ausland nicht leisten können, fördern. 77 derartige Stipendien wollen wir noch in diesem Jahr für junge Leute vergeben, die im Anschluss daran bei uns in Bayern als Arzt tätig werden.

Wir setzen Schlaglichter für die Gesundheit der Menschen, indem wir der Aktion Knochenmarkspende Bayern ein neues Stickstofflager für Stammzellenpräparate ermöglichen, indem wir durch fokussierten Ultraschall den Tremor bekämpfen, unter dem viele Menschen, vor allem Parkinson-Patienten, leiden und indem wir den Podologen-Nachwuchs fördern und ihm mit Praxisanleitungen unter die Arme greifen.

Wir setzen Schlaglichter für die Gesundheit der Menschen, indem wir uns bei der Finanzierung einer Videodatenbank im Klinikum Nürnberg als Baustein für mehr Patientensicherheit engagieren und indem wir die Gesundheitskompetenz der Menschen durch unsere gesundheitskompetente Gesundheitsregion plus in Neu-Ulm fördern. Wir verfolgen weiterhin konsequent unser Ziel, die Hepatitis in Bayern möglichst bis zum Jahr 2030 zu eliminieren. Die Modellregion wird hier Würzburg und von dort aus Unterfranken sein.

Wir setzen Schlaglichter für die Gesundheit der Menschen, indem wir das Nürnberger Modell für schwer Suchterkrankte zu einem Metropolenmodell weiterentwickeln. Die Erkenntnisse aus Nürnberg sollen auf andere Metropolen übertragen werden. Den von ME/CFS Betroffenen werden wir beistehen; denn diese Krankheit schränkt

die Lebensqualität wie keine andere ein. Wir freuen uns, dass es in Ostbayern, in Regensburg, eine dringend erforderliche Ambulanz als Anlaufstelle geben wird. Wir werden diese Ambulanz ausstatten. In München kümmern wir uns um die bettlägrigen Schwerstbetroffenen von dieser Krankheit, die künftig bei sich zu Hause von hervorragend ausgebildeten Menschen aufgesucht werden.

Wir werden den Zugang von Rheuma-Patientinnen und -Patienten steuern, um ihnen zielgerichtet und nach Dringlichkeit eine spezielle fachärztliche Versorgung zu ermöglichen. Sie sollen eine optimale Behandlung erhalten. Wir fördern außerdem den Ausbau des Bayerischen Zentrums für komplementäre und integrative Medizin, mit dem wir die auf Landesebene vorhandenen Kompetenzen im Bereich der Komplementärmedizin systematisch vernetzen und koordinieren wollen.

Für die Pflege haben wir viel Geld vorgesehen, nämlich sage und schreibe 510 Millionen Euro für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur, davon 326 Millionen Euro als Ausgabemittel. 184 Millionen Euro werden durch Verpflichtungsermächtigungen bewilligt. Hier machen sich die aus dem Landespflegegeld frei werdenden Mittel bemerkbar. Das ist mehr als eine Verdopplung der Summe, die wir bisher zur Verfügung hatten.

Fazit: Der Einzelplan 14 ist wieder deutlich gewachsen. Er ist einer der wichtigsten Einzelpläne eines Fachministeriums innerhalb des Staatshaushalts. Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention setzt bei den elementaren Lebensbereichen an. Seine Themen bewegen die Menschen besonders, deswegen mein Dank an unsere Gesundheitsministerin Judith Gerlach, aber auch an alle Beschäftigten des Ministeriums. Ich danke dem Berichterstatter im Haushaltsausschuss Harald Kühn und dem Ausschussvorsitzenden Josef Zellmeier, der immer ein offenes Ohr für die Themen Gesundheit, Pflege und Prävention hat. Danke dafür. Noch einmal: Jeder einzelne Cent in diesem Haushaltsplan ist gerechtfertigt und gut angelegt. Wir werden diesen Haushaltsplan mit Freude beschließen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Bernhard Seidenath (CSU): Ich bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege Seidenath, Sie bekommen noch eine Minute. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Andreas Hanna-Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Geschätzter Kollege Seidenath, lieber Bernhard, vielleicht ein Satz vorweg: Da wir alle unsere Redezeit überschreiten, sollten wir uns darüber Gedanken machen, ob für den Gesundheitsbereich grundsätzlich mehr Redezeit erforderlich ist.

Zum Inhalt: Du hast sehr eindrucksvoll mit Superlativen, die ich ausdrücklich unterstreiche, auf die Situation hingewiesen. Wir steuern auf die größte humanitäre Krise zu. In diesem Haushalt ist das bayerische Landespflegegeld wieder mit 500 Euro für jeden Pflegebedürftigen verortet. Das summiert sich dann zu einem Drittel des Gesamthaushalts. Wie genau trägt dieser Betrag dazu bei, diese humanitäre Krise einzuschränken?

Bernhard Seidenath (CSU): Das weißt du doch selber, lieber Andreas. Wir hatten bisher direkte Zahlungen in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr. Wir haben diese Summe halbiert, um in die Strukturen zu investieren. Ich habe gerade die beeindruckende Zahl genannt, dass wir 510 Millionen Euro in die Programme, die du kennst, nämlich "PflegesoNah" und "GutePflegeFöR", investiert haben, die unterfinanziert waren. Jetzt haben wir damit fast eine Verdreifachung erreicht. Das wird einen echten Mehrwert und eine Entlastung in diesem Doppelhaushalt bringen. Deswegen sage ich: Auch für die Pflege ist dies ein sehr guter Haushalt, bei dem jeder Cent gut angelegt ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Stefan Frühbeißer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, verehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über das Gesundheitssystem sprechen, müssen wir deutlich machen, dass es sich hier nicht nur im Hinblick auf die Aufgabenstellungen um ein breites Spektrum handelt. Auch die Finanzierung dieses Bereichs ist sehr komplex. Den Experten ist es bekannt, aber ich möchte trotzdem kurz hervorheben, dass es im Gesundheitswesen Zuständigkeiten des Bundes und der Länder gibt, aber auch Krankenkassen, Pflegekassen usw. Auch die Trägerschaft der Einrichtungen ist sehr vielfältig. Im Ergebnis führt dies zu erheblichen Finanzierungsproblemen bei den Einrichtungen.

Bei den Krankenhäusern ist eine Finanzierungslücke durch die Abrechnungsmodelle und die Abrechnungssysteme entstanden. Bei der knappen Redezeit ist es mir nicht möglich, eine genaue Diagnose zu stellen, wie das viele andere versucht haben. Unser Patient ist aber weit mehr als nur krank; wir befinden uns in einer Situation, in der viele Faktoren eine entscheidende Rolle spielen. Viele Redner haben richtigerweise darauf hingewiesen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wir müssen uns aber genau ansehen, welche Möglichkeiten und Zuständigkeiten wir haben, um den Betroffenen zu helfen.

Die Regierungsfraktionen haben ein gutes Gewissen, alles dafür getan zu haben, dass die Einrichtungen und die Abläufe stabil finanziert werden können. Wir haben Herausforderungen, zum Beispiel bei den kassenfremden Leistungen. Auch die Kostenentwicklung ist dramatisch. Das gilt nicht nur für den Krankenhausbau oder den Bau von Pflegeheimen, sondern auch für das Problem der Personalgewinnung und der Personalfindung. Das sind wesentliche Kostenfaktoren. Hier müssen wir gegensteuern. Wir haben versucht, dies mit Fraktionsinitiativen zu tun, zum Beispiel beim Thema Endometriose. Es soll versucht werden, durch Robotik zu unterstützen.

Schließlich möchte ich mich noch bei all denjenigen bedanken, die sich professionell einsetzen, aber auch bei den Ehrenamtlichen, die beim Thema Gesundheit und Pflege für die Menschen da sind. Vielen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat noch Frau Staatsministerin Judith Gerlach ums Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten stehen wir vor der Herausforderung, einen Doppelhaushalt zu verabschieden, mit dem einerseits Einsparvorgaben umgesetzt werden und andererseits ausreichend Haushaltsmittel für unsere zweifelsohne großen Aufgaben und Herausforderungen zur Verfügung gestellt werden.

Dass uns dies gelungen ist, ist vor allem unserem Finanzminister Albert Füracker zu verdanken. Lieber Albert, ganz herzlichen Dank an dich, dass du den Haushalt des Gesundheitsministeriums so wohlwollend begleitet hast!

Ich danke ebenso den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, vor allem denjenigen, die diesen Haushalt mitgestaltet und dafür Ideen eingebracht haben. Ich danke ebenso meinen Mitarbeitenden im Ministerium, die öfter einmal die eine oder andere Extrarunde drehen mussten, um dem Haushalt den letzten Schliff zu geben und ihn schlagkräftig aufzustellen, sodass wir unsere Ziele verwirklichen können. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Einzelplan 14 enthält in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Prävention eine Vielzahl an Projekten, die der bayerischen Bevölkerung zugutekommen. Eine detaillierte Darstellung aller Maßnahmen würde jetzt am Ende zugegebenermaßen den Rahmen sprengen. Ich möchte mich daher auf ein paar Themen beschränken, die mir

besonders wichtig sind. Es ist schon ein paar Mal angeklungen, dass eine leistungsfähige Krankenhausversorgung und -struktur wichtig für die Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen Bayerns ist. Dies ist seit jeher ein wesentlicher Schwerpunkt der Gesundheitspolitik. Dafür brauchen wir kontinuierlich hohe Investitionen, die für die Gebäude und die Ausstattung unserer Kliniken getätigt werden.

Die Mittel für die Investitionskostenförderung der Krankenhäuser sind im Einzelplan 13 veranschlagt, der noch gesondert behandelt wird. Ich würde aber gerne eine Bemerkung dazu vorausschicken: Bayern ist im Vergleich zu anderen Bundesländern in der Krankenhausversorgung sehr, sehr gut aufgestellt. Mit über sechs Milliarden Euro allein in den vergangenen zehn Jahren haben wir hochwertige und vor allem leistungsfähige Versorgungsstrukturen in den Ballungsgebieten und in ländlichen Bereichen aufgebaut. Auf Basis stabiler Etats gewährleisten wir, dass die anstehenden Investitionen auch zeitgerecht finanziert werden können. Das heißt, bei uns in Bayern gibt es keinen Investitionsstau. Das ist gut, gerade in Zeiten, in denen viel Verunsicherung bei den Krankenhäusern besteht und in denen es um Transformierungen sowie darum geht, insofern eine Planungssicherheit zu geben, als sich die Krankenhäuser auf Investitionsmittel verlassen können.

Trotz unserer kontinuierlichen Förderungen haben die Kliniken weiterhin einen hohen Bedarf. Das Ganze ist mit Sicherheit kein kurzer Sprint, sondern bleibt ein Marathon, weil wir Entwicklungen im medizinischen Fortschritt und Themen wie Digitalisierung, Energie, Klimaschutz und Krisenresilienz haben, die eine immer größere Rolle spielen, aber auch die Baupreissteigerungen. All diese Faktoren treiben die Kosten. Wir nehmen das Problem sehr ernst und wollen deswegen weiterhin ein verlässlicher Partner in der Krankenhausförderung sein. Die passende Antwort darauf gibt es im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2026/2027. Damit, liebe Frau Kollegin Waldmann, nähern wir uns der Krankenhausmilliarde. Der Förderetat soll im Jahr 2026 von 800 Millionen Euro auf 900 Millionen Euro aufgestockt werden. Dieses Geld wird dringend gebraucht, damit die Krankenhäuser notwendige Investitionen zügig umsetzen

können. Wir gehen damit einen weiteren großen Schritt in Richtung Krankenhausmilliarde, auf die wir uns im Koalitionsvertrag als Ziel dieser Legislaturperiode verständigt haben.

Flankierend zur regulären Krankenhausförderung haben wir im Einzelplan 14 ein Förderprogramm für kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum aufgelegt. Das Gesamtvolumen beträgt 100 Millionen Euro über fünf Jahre von 2024 bis einschließlich 2028. Mit diesen Geldern werden vor allem kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum bei der Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen unterstützt, beispielsweise durch die Förderung von regionalen Strukturgutachten und Umsetzungskonzepten, um zu sehen, wo die Reise hingehen soll, und auch fachlich im Transformationsprozess zu unterstützen. Das Fazit lautet also, dass wir mit unserer konsequenten und vor allem auf konkrete Bedürfnisse der Krankenhäuser ausgerichteten Förderung in Bayern ein verlässlicher Partner der Kliniken sind. Das werden wir auch in Zukunft bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben der Situation der Krankenhäuser haben wir selbstverständlich auch die ambulante Versorgung im Blick. Unsere Landarztprämie stößt zum Glück weiterhin auf großes Interesse. Mit bis zu 60.000 Euro unterstützen wir Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten, die sich im ländlichen Raum niederlassen. Die Resonanz ist groß. Wir konnten schon knapp 1.500 Niederlassungen, MVZ-Gründungen bzw. auch Filialbildungen fördern, davon allein fast 1.000 Hausärztinnen und Hausärzte. So sichern und verbessern wir die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den ländlichen Regionen. Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind dafür knapp 14 Millionen Euro veranschlagt, fast 3 Millionen Euro mehr als im letzten Doppelhaushalt, was sehr viel Sinn ergibt, weil wir immer wieder neue Ideen haben. Wie heute im Kabinett vorgestellt, haben wir die Idee, die Landarztprämie auszuweiten, hier neue Möglichkeiten zu geben und mit Doppelförderungen gerade die Regionen besonders zu unterstützen, die besonderen Bedarf haben.

Wir unterstützen auch Medizinstudenten, die sich verpflichten, nach dem Studium für eine bestimmte Zeit als Arzt in den ländlichen Raum zu gehen und dort zu arbeiten, mit 600 Euro pro Monat für maximal vier Jahre. So haben wir bisher bereits über 300 Studentinnen und Studenten fördern können. 46 davon sind auch schon auf dem Land im Einsatz. Man sieht also, dass es funktioniert. Sie tröpfeln allmählich herein. Es freut mich sehr, dass wir in den nächsten Monaten und Jahren sukzessive die Früchte dieser Programme sehen können. Die Förderung führen wir deswegen auch mit 2,8 Millionen Euro im neuen Doppelhaushalt fort.

Neu hinzugekommen ist das Programm zur Förderung von Studierenden der Humanmedizin im EU-Ausland. Auch hier herzlichen Dank an die CSU-Fraktion, lieber Bernhard Seidenath, für die Initiative. Hier gewährt der Freistaat bis zu 100 jungen Menschen einen Zuschuss zu den Studiengebühren von bis zu 10.000 Euro für maximal zwölf Semester. 10 % der Stipendien – das will ich ausdrücklich erwähnen – sind für künftige Kinder- und Jugendpsychiater reserviert, weil wir hier auf einen nicht unerheblichen Mangel zusteuern. Die Stipendiaten verpflichten sich im Gegenzug dazu, später für mindestens fünf Jahre als Facharzt im ländlichen Raum zu arbeiten. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung; denn wir alle wissen, die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung liegt, ehrlich gesagt, in den Händen unserer jungen Medizinerinnen und Mediziner und vor allem auch der jungen Pflegefachpersonen, die sich hier engagieren.

Wir ruhen uns aber nicht auf dem aus, was wir schon erreicht haben. Wir gehen weiter und sichern die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger langfristig auf hohem Niveau, Stichwort Digitalisierung. Diese ist ein entscheidender Faktor, der sich nicht nur in Big Data, Künstlicher Intelligenz, Sensorik und Motorik widerspiegeln und Einzug halten soll, sondern auch in normalen, pragmatischen Elementen. Wir haben zusammen mit den Stakeholdern zukunftsträchtige Projekte in der HighCare Agenda und der Highmed Agenda sowie im Digitalpakt Pflege erarbeitet, weil am Ende das schönste Projekt in einem Ministerium nichts hilft, wenn die Menschen, die es draußen

anwenden sollen, nicht damit klarkommen oder wenn es nicht an das adaptiert ist, was in der Praxis wichtig ist.

Deswegen war es uns wichtig, das gemeinsam zu erarbeiten und Modellprojekte wie zum Beispiel das Modellprojekt "KI in der Neonatologie" am Klinikum Nürnberg zu starten, das ich sehr spannend finde. Dort überwacht eine KI die Vitalparameter bei Frühgeborenen. Wir reden hier von einem ganzen Kontrollsystem von der künstlichen Plazenta über die KI-gestützte Optimierung der Ernährung bis hin zur Förderung des Wachstums von sehr kleinen, frühgeborenen Babys, die dadurch großartige Chancen haben. Dabei hilft KI. Es sind sehr hoffnungsvolle Projekte, die wir dort begleiten und finanzieren dürfen. Aber wir wollen auch in die Fläche gehen, Stichwort Telematikanwendungen und vieles andere mehr. Ich nenne nur WLAN-Programme für die Pflegeheime und anderes. Wir haben dafür rund 45 Millionen Euro veranschlagt. Ich glaube, diese Summe zeigt eindrücklich, welch hohen Stellenwert wir dieser Thematik beimessen.

Eine der großen Veränderungen im Doppelhaushalt bringt die Umstrukturierung des Landespflegegelds und die Verwendung der frei werdenden Mittel für die Verbesserung der pflegerischen Infrastruktur mit sich. Anfang des Jahres 2026 wurde den Bestandsempfängern das Landespflegegeld letztmalig in Höhe von 1.000 Euro ausgezahlt. Zukünftig wird das Landespflegegeld, wie bekannt ist, 500 Euro betragen. Dies ist mit Sicherheit ein unpopulärer Schritt. Es ist nie einfach zu sagen, wir nehmen hier Kürzungen vor oder strukturieren um. Aus meiner Sicht ist dieser Schritt aber notwendig, um pflegerische Strukturen nicht nur auf einem hohen Niveau zu halten, sondern weiterzuentwickeln, zu verbessern und zu schauen, was pflegebedürftige Menschen und vor allem auch deren Angehörige vor Ort in der Infrastruktur brauchen. Hier dürfen wir nicht stehen bleiben, sondern müssen uns weiterentwickeln.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen vor allem verlässliche Versorgungsangebote in Form von Tagespflege, Kurzzeitpflege, aber auch ambulanten Diensten. So nutzen wir die frei werdenden Mittel für die Stärkung dieser Versorgungsstrukturen.

Ab dem Jahr 2027 wollen wir die Pflegebedürftigen auch von umlegbaren Investitionsaufwendungen im Bereich der Pflegedienste sowie der Kurzzeit-, Tages- und Nachtzeitpflegeeinrichtungen entlasten. Das fördern wir. Von diesen gesondert berechenbaren Kosten wollen wir die Pflegebedürftigen entlasten und so auch eine spürbare Verbesserung für den Einzelnen herbeiführen, der solche Pflegeleistungen in Anspruch nimmt. Dafür sind über 140 Millionen Euro eingeplant.

Schon im Jahr 2026 bringen wir mit 11,5 Millionen Euro außerdem eine Erweiterung der "PflegesoNah"-Förderung und der "GutePflegeFöR" auf den Weg. Wir werden beispielsweise einen Schwerpunkt im Bereich der Jungen Pflege setzen. Dadurch können wir Maßnahmen in den Bereichen digitale Anwendung, aber auch Krisenresilienz initiieren und besser finanzieren. Dies führen wir im Jahr 2027 fort und weiten den Ansatz dann sogar auf 23,5 Millionen Euro aus.

Seit über fünf Jahren setzen wir uns dafür ein, dass individuelle und bedarfsgerechte Angebote in Bayern wachsen. Ein Baustein dafür ist unser Förderprogramm Pflege im sozialen Nahraum, kurz "PflegesoNah". Allein im letzten Jahr haben wir über 1.500 Pflegeplätze mit mehr als 63 Millionen Euro gefördert. Das ist ganz schön etwas.

Wir wollen natürlich dranbleiben und uns weiterentwickeln, weil wir weiterhin Pflegeplätze brauchen. Insgesamt stellen wir im Doppelhaushalt für die Schaffung, den Ersatzneubau, aber auch den Umbau und die Modernisierung von Tagespflegeplätzen, aber auch von Pflegeheimen und für die Umsetzung von Vorhaben nach der Richtlinie zur Stärkung der Pflege im sozialen Nahraum rund 326 Millionen Euro zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Investition in die Versorgungsstrukturen ist das eine. Aber keinesfalls darf dabei die Wertschätzung der Pflegekräfte zu kurz kommen; denn sie leisten an jedem einzelnen Tag Herausragendes zum Wohl der Pflegebedürftigen in Bayern. Daher will ich die Arbeitsbedingungen in der Pflege weiter verbessern. Wir haben schon viele Dinge

getan, Maßnahmen angesprochen und Projekte auf den Weg gebracht. Es ging um verlässliche Dienstpläne oder den Abbau übermäßiger Dokumentationen. Das sind jetzt nur zwei Schlagworte von vielen.

Aber es ist besonders wichtig, dass wir angesichts der steigenden Anzahl von Pflegebedürftigen auch neue Pflegekräfte gewinnen. Auch deswegen geht es uns um Nachwuchsgewinnung. Mit der Imagekampagne Neue Pflege Bayern begeistern wir Jugendliche für den Pflegeberuf. Aber wir wollen auch Berufsrückkehrer und Quereinsteiger gewinnen; denn auch sie werden wir brauchen.

Einen Schwerpunkt werden wir in der Kampagne auf die hochschulische Pflegeausbildung legen, um junge Menschen für die Studiengänge zu gewinnen. Wichtig ist mir zudem eine gute Ausbildung der Pflegefachkräfte. Die generalistische Pflegeausbildung ist dafür die Grundlage. Deswegen sind für die Einzahlung in den Ausbildungsfonds, aus dem wir auch die neue Pflegefachassistenzausbildung finanzieren, in den nächsten beiden Jahren insgesamt rund 160 Millionen Euro veranschlagt. Damit wollen wir ein klares Signal senden: Bayern investiert in den Nachwuchs und in die Pflege. Wir wollen damit ein starkes Signal geben.

Außerdem gilt: Leistung soll sich lohnen, auch bei der Pflege. Um Weiterbildung in der Pflege zu honorieren, werden wir einen neuen Fördertatbestand für pflegefachliche Weiterbildung auf den Weg bringen. Vorbild ist hier der Meisterbonus. Dafür sind 2,5 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt.

Außerdem haben wir die größte Gruppe der Pflegenden im Blick, nämlich die Angehörigen. Ohne sie kann Pflege in Bayern einfach nicht funktionieren. Zur Unterstützung der pflegenden Angehörigen stehen in Bayern rund 100 Fachstellen für pflegende Angehörige und 58 Pflegestützpunkte zur Verfügung. Hier finden pflegende Angehörige eine kompetente Beratung, eine Unterstützung, häufig eine erste Anlaufstelle, aber auch eine Entlastung, um die Herausforderungen des Pflegealltags zu meistern. Die Förderung im Rahmen des Netzwerks Pflege führen wir mit insgesamt 7,5 Millionen

Euro im Doppelhaushalt fort, nachdem wir erst im vergangenen Jahr die Förderpauschale für die Fachstellen auf bis zu 35.000 Euro jährlich erhöht haben.

Ich würde gern noch ein paar Sätze zur Prävention sagen; denn sie ist mir genauso wichtig wie die vorangegangenen Themen, die meistens im Fokus der Öffentlichkeit sind. Nichtsdestoweniger glaube ich, dass wir, wenn wir Prävention nicht ernst nehmen, auf ganz andere Probleme zusteuern. Ich möchte, dass wir die Prävention nicht nur im Namen tragen, sondern sie auch finanziell ausstatten und vor allem mit guten und sinnvollen Projekten unterfüttern. Das haben wir mit unserem Masterplan Prävention gemacht, der für mehr Gesundheitsbewusstsein, Gesundheitsvorsorge und Früherkennung steht. Wir haben strukturelle und gesundheitliche Ziele erarbeitet und herausgestellt. Wir haben aber auch rund 250 ganz konkrete Maßnahmen zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention in unserem Land ins Leben gerufen.

Für all das starten wir nicht bei null, ganz im Gegenteil. Wir haben hervorragende Netzwerke. Wir haben bei der Aufstellung und Erarbeitung des Masterplans gemerkt, dass wir im ÖGD und in den Gesundheitsregionen plus sehr engagierte, kompetente Menschen haben, die wir grundsätzlich im Bündnis für Prävention weiterhin brauchen werden. Deswegen ist die Bündelung wichtig. Es ist wichtig, dass Vernetzungen stattfinden und gemeinsame Maßnahmen überall in Bayern in die Fläche getragen werden, damit die Menschen Prävention erleben können und der Masterplan nicht nur ein rein theoretisches Papier bleibt, das man auf den Weg gebracht hat. Allein für die Umsetzung des Masterplans stellen wir im Doppelhaushalt rund 8,5 Millionen Euro zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein anderes Thema betrifft Krisensituationen und die Vorbereitung auf künftige pandemische bzw. nicht pandemische Krisensituationen. Dies verlangt uns schon im Vorfeld ein großes Engagement ab. In unserem Bayerischen Logistikzentrum Gesundheitssicherheit, kurz BLZG, halten wir ausreichende Mengen an persönlicher Schutzaus-

rüstung und medizinisch notwendigem Material vor. Wir fokussieren uns dabei auf Kooperationen mit den Unikliniken, um ein nachhaltiges, rollierendes System zu implementieren. Für den zukünftig laufenden Betrieb des BLZG sind im Doppelhaushalt rund 9,3 Millionen Euro veranschlagt.

Aufgrund der wachsenden Bedrohungen von innen, aber auch von außen gewinnt der gesundheitliche Bevölkerungsschutz immer mehr an Bedeutung. Dabei geht es um alle Maßnahmen zum Gesundheitsschutz bei unmittelbaren und erheblichen Gefahrenlagen im Katastrophen- und im Zivilschutzfall. Unser Ziel ist es, das Krisenmanagement über alle Teile und Sektoren des Gesundheitswesens weiterzuentwickeln, die Akteure des Gesundheitswesens zu befähigen und krisenresilient aufzustellen. Beispielsweise planen wir, Übungen zur Überprüfung der Krankenhausalarm- und Einsatzpläne sowie Krisenmanagementschulungen für den ÖGD abzuhalten. Auch Schulungen für Terror- und Großschadenslagen oder die Entwicklung von Apps zur Krankenhausalarm- und Einsatzplanung könnten in Betracht kommen. Für den Einstieg in die Finanzierung solcher Maßnahmen wird im Doppelhaushalt eine neue Titelgruppe mit Deckungsvermerk von bis zu 2 Millionen Euro jährlich zulasten des BLZG aufgenommen.

Meine Damen und Herren, der Freistaat ist in Gesundheit, Pflege und Prävention gut aufgestellt, ohne dass ich verkennen würde, dass nicht noch sehr große Herausforderungen auf uns warten. Mit einem Gesamtvolumen von über 1,8 Milliarden Euro führen wir in den Jahren 2026 und 2027 Bewährtes kontinuierlich und verlässlich fort. Wir ruhen uns aber nicht auf dem aus, was wir erreicht haben. Nur den Status quo zu verwalten, ist wirklich nicht mein Anspruch. Vielmehr nutzen wir die verfügbaren Haushaltsmittel effizient und sinnvoll, um die Situation der Menschen in Bayern weiter zu verbessern. Bekanntlich ist ja das Bessere der Feind des Guten. In diesem Sinne ist uns meiner Ansicht nach im Einzelplan 14 eine gute Mischung aus Bewährtem und Neuem gelungen. Daher bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Andreas Hanna-Krahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Bitte schön.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Judith, nachdem dein Fraktionskollege Bernhard Seidenath meiner Frage vorhin ausgewichen ist und ich weiß, dass das natürlich immer ein Senderproblem ist, bekommst du jetzt die gleiche Frage etwas anders verpackt noch einmal gestellt.

Ihr spart ja die Hälfte des Landespflegegeldes ein. Du hast jetzt sehr eindrücklich erklärt, was ihr alles Gutes mit den frei werdenden Mitteln in Zukunft im Bereich Infrastruktur etc. auf den Weg bringt. Die ganz konkrete Frage ist – jetzt versuche ich, das Senderproblem in den Griff zu kriegen –: Warum wird nur die Hälfte eingespart und nicht das Ganze?

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Du gibst dir also sozusagen selbst noch eine Chance, Andreas.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Ja.

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Das finde ich großartig.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Eine Chance für die Fragestellung. Für den Haushalt hast du jetzt die Chance.

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Das Pflegegeld war eine Anerkennung für die Menschen, die gepflegt werden, aber auch ein Betrag, dem Umfeld etwas zu schenken oder sich selbst einen Urlaub zu schenken in einer Situation, die wirklich nicht einfach ist. Dann zu sagen, dass wir die Hälfte kürzen, war schon für viele – du merkst ja auch die Reaktion der Opposition – ein Riesenschock und im Grunde genommen wahnsinnig unsozial.

Ich kann mich noch daran erinnern – damals war ich noch nicht Gesundheitsministerin –, dass, als das Landespflegegeld eingeführt wurde, der O-Ton der Opposition eigentlich war: Das ist alles ein Mist. Warum wird es überhaupt eingeführt? – Jetzt heißt es andersherum: Jetzt auf einmal wollen wir das alles nicht, und es muss wieder abgeschafft werden.

Andreas, ich persönlich glaube daran, dass wir bei Reformen durchaus relevante Schritte gehen müssen, die draußen spürbar sind. Aber wir können nicht mit dem Vorschlaghammer vorgehen. Ich glaube, dass es dann wichtig ist zu sagen, wir nehmen die Hälfte des Geldes, das übrig bleibt, für die Infrastruktur und haben einen guten Plan, wie wir in die Infrastruktur investieren können. Ich muss das Geld ja auch in die Fläche hinausbringen. Du weißt selber, wie es läuft. Irgendwann, bis Mitte des Jahres, bis der Haushalt durch ist, kommt überhaupt erst Geld. Das heißt, ich muss die Gelder, die ich für Infrastruktur nutzen kann, den Leistungserbringern auch anbieten können, damit sie draußen das Geld einsetzen können.Das heißt, ich muss schon klug überlegen: Wie viel Geld kann ich eigentlich nach draußen geben, damit es dann auch in der Praxis ankommt?

Es ist kein Vorschlaghammer, finde ich, wenn man sagt, man kürzt um die Hälfte. Damit ist weiterhin noch ein Beitrag da, der unterstützen kann, ein Beitrag auch, der ein Zeichen für eine Anerkennung in dieser Situation ist. Man nimmt den Betrag nicht gleich komplett weg, aber wir haben trotzdem die Chance, etwas für unsere Infrastruktur zu tun, was einfach nötig ist. Ich würde mich freuen, wenn das auch von der Opposition positiv und mit guten Ideen begleitet wird. Die gehen uns in der Zukunft mit Sicherheit nicht aus, bzw. sie dürfen uns nicht ausgehen, weil die Situation und die Bedürfnislage der Menschen mit Sicherheit weiterhin sehr vielschichtig bleiben wird.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10110 mit 19/10170, 19/10372, 19/10373 und 19/10407 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/11396.

Zunächst ist über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – ‚PflegesoNah' ausbauen, Angehörige entlasten" auf Drucksache 19/10143 in einfacher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer dem Änderungsantrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst. Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/11396 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge,

über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> "Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/11396, weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10134 mit 19/10140, 19/10150 mit 19/10170, 19/10372 und 19/10373 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung zum Einzelplan 14 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **5**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
   (Kap. 14 01 Tit. 534 01)
   Drs. 19/10110

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Virtuelles Krankenhaus, Investitionen für innovative Digitalisierungsprojekte zur Verbesserung der Qualität der Gesundheits- und Pflegeversorgung, Telemedizinisches Kliniken-Netzwerk in Bayern
   (Kap. 14 03 TG 97 neuer Tit.)
   Drs. 19/10111

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kindern mit Fetaler Alkoholspektrumstörung (FASD) bessere Chancen im Leben geben, FASD Kompetenzzentrum Bayern langfristig fördern
   (Kap. 14 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10112

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Landespflegegeld abschaffen – Ausbau für moderne und bedarfsorientierte Versorgungsstrukturen in der Pflege vorantreiben!
   (Kap. 14 04 Tit. 681 84)
   Drs. 19/10113

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Sozialraumorientierte Versorgungsstrukturen in der Pflegelandschaft stärken
   (Kap. 14 04 Tit. 893 86)
   Drs. 19/10114

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Selbstverwaltungsstrukturen und Unabhängigkeit stärken
   (Kap. 14 04 TG 82)
   Drs. 19/10115

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Stärkung der hausärztlichen Versorgung in unterversorgten Regionen
   (Kap. 14 03 Tit. 633 64)
   Drs. 19/10116

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
   (Kap. 14 03 Tit. 633 85)
   Drs. 19/10117

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Erhöhung der Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und zu gleichgestellten Abschlüssen
   (Kap. 14 03 Tit. 681 02)
   Drs. 19/10118

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Erhöhung der Landarztprämie
    (Kap. 14 03 Tit. 681 63)
    Drs. 19/10119

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Stipendienprogramm
    (Kap. 14 03 Tit. 686 65)
    Drs. 19/10120

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Niederlassungsprämie Hebammen
    (Kap. 14 03 TG 87)
    Drs. 19/10121

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Finanzielle Sicherheit für Rehakliniken
    (Kap. 14 03 neuer Tit.)
    Drs. 19/10122

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Forschung und Therapie für Post-Vac-Syndrom
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10123

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)
Drs. 19/10124

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Familienpflege
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 19/10125

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kinderhospizarbeit – Erhöhung der Ausgaben der Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 67)
Drs. 19/10126

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen, Erwachsenenhospiz und Kinderhospiz St. Martin (Polling)
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 19/10127

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Gestaltung von Pflege und Betreuung im sozialen Nahraum (ProWohnen-Miteinander leben GmbH)
(Kap. 14 04 Tit. 883 86)
Drs. 19/10128

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschuss für den Wünschewagen des ASB Bayern
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 19/10129

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 19/10130

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Reduzierung der Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
(Kap.14 05 Tit. 514 53)
Drs. 19/10131

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung Zuweisung für Jugendzahnpflege
(Kap. 14 05 Tit. 636 91)
Drs. 19/10132

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Modellprojekt JERWA
(Kap. 14 05 neuer Tit.)
Drs. 19/10133

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit in Arztpraxen
(Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 19/10141

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – flächendeckender Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 Tit. 633 57)
Drs. 19/10142

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – „PflegesoNah“ ausbauen, Angehörige entlasten
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 19/10143

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionsförderung für Einrichtungen für Menschen mit einer seelischen Behinderung
(Kap. 14 04 neue TG)
Drs. 19/10144

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – auskömmliche Finanzierung der Aids-Beratungsstellen
(Kap. 14 05 Tit. 684 52)
Drs. 19/10145

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – auskömmliche Förderung freier Träger der Suchtberatung
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 19/10146

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sicherung der Traumafachstelle Nürnberg
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)
Drs. 19/10147

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)
Drs. 19/10148

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Modellprojekt Schulgesundheitsfachkräfte an bayerischen Schulen
(Kap. 14 05 neue TG)
Drs. 19/10149

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung – Patienten- und Pflegebeauftragter
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)
Drs. 19/10407